Forderungen zur Landtagswahl 2019

Gewerkschaft der Polizei
Brandenburg

Einheitliche Lebensarbeitszeit

Schon als das Gesetz zur Anhebung der besonderen Pensionsaltersgrenzen 2013 im Innenausschuss beraten wurde, bezeichneten mehrere Experten den Entwurf als „arbiträr“ (beliebig, willkürlich, dem Ermessen überlassen).

Tatsache ist, dass sich die Arbeit von A 8 im mittleren Dienst bis A 11 im gehobenen Dienst weder von den Aufgaben noch bei der Verantwortung unterscheidet.

Die GdP fordert:

- Einheitliches Pensioneintrittsalter von 62 Jahren für alle Polizeivollzugslaufbahnen mit der Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung und Verkürzung.
- Faktorisierung der Arbeitszeit für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die im Wechselschichtdienst arbeiten oder Dienst zu unregelmäßigen Zeiten verrichten.

Einstiegsamt A 9

A9

Die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten ist in den letzten Jahren wesentlich anspruchsvoller geworden.

Die Anforderungen zur Verhinderung und Bekämpfung der organisierten- und Internet-Kriminalität sowie die Gefahr vor Terroranschlägen sind erheblich gestiegen.

Der Wettbewerb um die besten Köpfe für unsere Polizei macht nicht vor Ländergrenzen halt.

Die GdP fordert:

- Das Einstiegsamt im mittleren Polizeivollzugsdienst auf A 9 anzuheben.
- Perspektivisch nur noch in den gehobenen Dienst einzustellen.
- Den Zugang zum Polizeiberuf weiterhin auch ohne Abitur zu ermöglichen.

Erschwerniszulagen

Im Strategiepapier „Polizei Brandenburg - Handlungsschwerpunkte“ des Ministeriums des Innern und für Kommunales wird zur Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufes auch die Anpassung der Erschwerniszulagen an die gestiegenen Anforderungen in Aussicht gestellt.

Die GdP fordert:

u.a.

- Anhebung der Zuschläge für Dienst zu ungünstigen Zeiten.
- Aufnahme einer Zulage für Kolleginnen und Kollegen, die im Deliktbereich Kinderpornografie tätig sind.
- Streichung des Wortes „überwiegend in den Nummern 2.1.1 und 2.2 a) der Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen in der Polizei Brandeburg.

Attraktivität der Verwaltung

Auch für unsere Verwaltung als Servicebereich für den Polizeivollzug muss die Attraktivität spürbar erhöht werden. Ohne gut besetzte, motivierte Verwaltung kann auch der Polizeivollzug seine Aufgabe nicht optimal erfüllen.

Die GdP fordert:

- Anpassung der erforderlichen Anzahl von Stellen im Beamten- und Tarifbereich an die gestiegenen Aufgaben und die Personalstärke im Polizeibereich.
- Anhebung des Einstiegsamtes in der Verwaltung auf A 7.
- Gleichbehandlung der Verwaltung beim Gesundheitsmanagement durch die Anrechnung von monatlich vier Stunden auf die Arbeitszeit für gesundheitsfördernde sportliche Betätigung.

Die **Gewerkschaft der Polizei Brandenburg** organisiert über 7.400 Kolleginnen und Kollegen der Brandenburger Polizei. Damit ist die GdP mit einem Organisationsgrad von über 70 % bei den Polizistinnen und Polizisten im aktiven Dienst die stärkste Berufsorganisation im Bereich der Polizei.

Als zuverlässiger, aber auch hartnäckiger Gesprächs- und Verhandlungspartner konnte die GdP Brandenburg in den letzten Jahren gemeinsam mit der Politik entscheidende Verbesserungen im Bereich der Polizei durchsetzen.

u.a.

- Abkehr vom Sparkurs und Erhöhung der Stellenzahl auf 8.250
- Erhöhung der Einstellungszahlen an der Hochschule der Polizei
- Zusätzliche Stellen im Verwaltungs- und Tarifbereich
- Zahlung von Attraktivitätszuschlägen 2017 - 2020 und zusätzliche Besoldungserhöhung um 4x0,5 %
- Einführung einer Zulage Bereitschaftspolizei
- Verbesserungen im Gesundheitsmanagement
- Einführung der Freien Heilfürsorge
- Anhebung des Einstiegsamts in der Polizei auf A8
- 1:1 Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich

Juli 2019

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk Brandenburg
Großbeerenstraße 185, 14485 Potsdam
Tel (0331) 747 32 0, Fax (0331) 747 32 99
Mail gdp-brandenburg@gdp.de
Web www.gdp-brandenburg.de